

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Daweke, Graf von Waldburg-Zeil, Nelle, Schemken, Rossmannith, Strube, Frau Rönsch, Frau Dr. Wisniewski, Frau Männle und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Neuhausen, Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Dr. Weng, Beckmann, Cronenberg (Arnsberg), Frau Seiler-Albring, Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Eimer (Fürth) und der Fraktion der FDP

Ausbildungsleistungen im Bereich des Bundes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung

Die vielfältigen Bemühungen von Handel, Handwerk und Industrie, Selbständigen, Gewerkschaften, Freien Trägern, Arbeitsämtern und Schulen um eine Mobilisierung und Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes für die jungen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge werden nachdrücklich anerkannt. Auch Bund, Länder und Gemeinden haben sich bemüht, ihren Beitrag dazu zu leisten, um für alle jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu sichern und damit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Neben der privaten Wirtschaft tragen auch die öffentlichen Arbeitgeber eine gemeinsame gesellschaftspolitische Verantwortung gegenüber der jungen Generation.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie haben sich seit 1977 die Ausbildungsleistungen im Geschäftsbereich der Bundesministerien – getrennt nach Ausbildungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse und Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz – entwickelt, und wie sind die Zahlen für 1984?
2. Welche Maßnahmen mit welchem quantifizierbaren Erfolg hat die Bundesregierung beschlossen, um der Forderung u. a. des Deutschen Bundestages nachzukommen, trotz der schwierigen Haushaltssituation in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen und sicherzustellen, daß Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen nicht zuerst zu einer Verringerung von Ausbildungsplätzen führen?
3. Wie hat sich das Angebot an Ausbildungsplätzen bei der Deutschen Bundespost und bei der Deutschen Bundesbahn von 1977 bis 1984 entwickelt?

4. Wie hat sich die Ausbildungsleistung bei den Industrieunternehmen, an denen eine unmittelbare Bundesbeteiligung besteht, im gleichen Zeitraum entwickelt?
5. Welche Probleme und Möglichkeiten sieht die Bundesregierung hinsichtlich der vollen Mobilisierung der Ausbildungskapazitäten im Bereich des Bundes im Hinblick auf das kommende Jahr?

Bonn, den 12. Oktober 1984

Daweke

Graf von Waldburg-Zeil

Nelle

Schemken

Rossmann

Strube

Frau Rönsch

Frau Dr. Wisniewski

Frau Männle

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Neuhausen

Dr.-Ing. Laermann

Kohn

Dr. Weng

Beckmann

Cronenberg (Arnsberg)

Frau Seiler-Albring

Frau Dr. Adam-Schwaetzer

Elmer (Fürth)

Mischnick und Fraktion